



Ursula Carpenter
Dr. Norbert Wagner



US Campaign 2008: Tophema Immigration

Nach der im vergangenen Jahr gescheiterten Rentenreform von Präsident Bush bereitete der U.S. Senat am 28. Juni 2007 in einer Kampfabstimmung zur Einwanderungsreform einem weiteren Kernstück der legislativen Agenda des Weißen Hauses eine herbe Niederlage. [1] Enttäuschend war für den US-Präsidenten insbesondere der Umstand, daß die von ihm propagierte Reform [2] (u.a. verbesserter Grenzschutz, strikterer Umgang mit "illegalen Einwanderern", Möglichkeit für die ca. 12 Millionen "undokumentierten Arbeitnehmer" zur Erlangung der US-Staatsbürgerschaft) gerade von der Basis seiner eigenen Partei abgeschmettert worden war.

Seitdem ist das Thema Einwanderungsreform jedoch keineswegs aus der politischen Debatte verschwunden. Im Gegenteil: die Immigrations-Debatte ist seitdem teilweise so "vergiftet", daß bereits vor einer zunehmenden Ausländerfeindlichkeit gewarnt wird. Analysten sprechen inzwischen von dem "Minenfeld" der Einwanderungsdebatte und vergleichen sie mit dem neuen "Third Rail" [3] der amerikanischen Politik, der stromführenden Schiene, die bei Berührung den politischen Tod garantiert. Während sich jedoch die Reformpolitik selbst seit dem Scheitern des Einwanderungsgesetzes im Kongreß von der Bundesebene auf die Ebene der Bundesstaaten und Kommunen verlagert hat, flammt die Debatte über die Zukunft einer nationalen Reform im Präsidentschaftswahlkampf immer wieder auf.

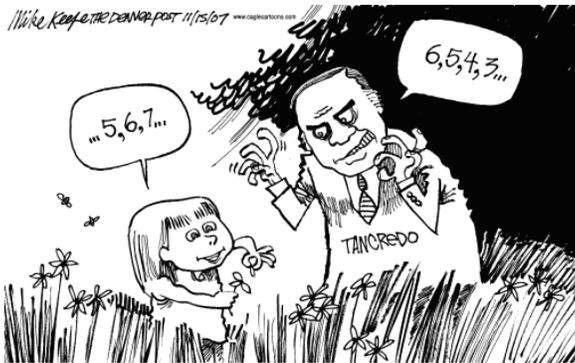
*Die
Immigrations-
Debatte ist zu
einem Minenfeld
für die
Präsidentschafts-
kandidaten beider
Parteien
geworden.*

Der "Tancredo-Faktor" und der "Gänseblümchen-Moment"

Niemand hat die Debatte zur Einwanderungsreform im Präsidentschaftswahlkampf nachhaltiger beeinflusst als Congressman Tom Tancredo, der als republikanischer Präsidentschaftskandidat Immigration zum zentralen Thema seiner Wahlkampagne machte. Gerade weil Tancredo keine Chancen hat, nominiert zu werden, genießt er seinen "Platz in der Sonne" [4] und nutzt seine "politische Narrenfreiheit" dazu, seine demokratischen und republikanischen Rivalen in die Defensive zu drängen. So scheut sich Tancredo als Enfant Terrible der Einwanderungsdiskussion nicht, die Dinge beim Namen zu nennen. Im Originalton seines Wahlkampfspots: "because someone needs to say it!" Bei ihm heißen die "undokumentierten Arbeitnehmer" (Sprachgebrauch der Demokraten) "die illegalen Einwanderer" oder kurz "aliens". Seine Plattform zur Einwanderungsreform sieht nicht nur einen Grenzzaun an der US-Grenze mit Mexiko vor, sondern auch an der nördlichen Grenze zu Ka-

nada. Die US-mexikanische Grenze will er, falls nötig, militarisieren, illegale Einwanderer will er aufspüren und deportieren lassen.

In einem jüngsten heißdiskutierten TV-Werbespot[5], der im ersten Vorwahlstaat Iowa ausgestrahlt wurde, brachte Tancredo das Thema nationale Grenzsicherung mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus in Verbindung. In dem TV-Spot stellt eine mit Kapuze bekleidete Person einen Rucksack in einem Einkaufszentrum ab. Die Kamera schwenkt zu einem blutüberströmten Kind und der Spot endet in einer lauten Explosion. Untertitel: "Offene Grenzen haben Konsequenzen über die



20 Millionen "aliens" hinaus... Islamische Terroristen bewegen sich frei auf amerikanischem Boden; haßverzerrte Jihadisten sind hier um das zu tun, was sie in London, Spanien und Rußland getan haben." Während Tancredo selbst meinte, daß dieser Wahlkampfsport "etwas zahm" sei, ziehen Wahlkampfbeobachter die Parallele zu der berühmten TV-Reklame von L.B.

Johnson während des Kalten Krieges, in der die Fernsehzuschauer in den Pupillen eines Gänseblümchen pflückenden Mädchens die Pilzwolke der Atombombe explodieren sehen.[6] Diese Art des Angstschürens ("fear mongering") hat zum Ziel, die Präsidentschaftskandidaten zur Stellungnahme zu zwingen. Politikern, die nicht auf seine harte Linie einlenken, fehlt laut Tancredo das Rückgrat, denn "der Sumpf muss trocken gelegt werden"[7] und zwar "bevor es zu spät ist." Für Analysten ist der Erfolg der Tancredo-Strategie bereits jetzt ein Indiz dafür, daß das Thema Einwanderungsreform im Wahlkampf 2008 eine große Rolle spielen wird. Mit Tancredos Hilfe könnten prominente republikanische Präsidentschaftskandidaten mit dem Thema Einwanderung die Wahl gewinnen, indem sie einen Mittelweg (zwischen Präsident Bushs Reformvorschlägen und Tancredos Extrempolitik) finden, "der eigentlich gar nicht in der Mitte liegt".[8]

Gefahr für beide Lager

Vor diesem Hintergrund müssen die Präsidentschaftsanwärter beider Parteien einen Weg zwischen den Extrempositionen sowohl im republikanischen als auch im demokratischen Lager (z.B. Congressman Dennis Kucinich, ein wenig aussichtsreicher demokratischer Präsidentschaftskandidat hat vorgeschlagen, Spanisch als zweite Amtssprache in den USA einzuführen) finden. Dieser Weg birgt Gefahren für beide Seiten. Demokratische Präsidentschaftskandidaten, die alle grundsätzlich eine Art der umfassenden Einwanderungsreform ("comprehensive reform") befürwortet haben, d.h. eine Reform, die den illegalen Zuwanderern einen Weg zur Staatsbürgerschaft ermöglichen würde, befinden sich auf einer Gratwanderung zwischen der traditionell demokratisch wählenden und am schnellsten anwachsenden Wählergruppe

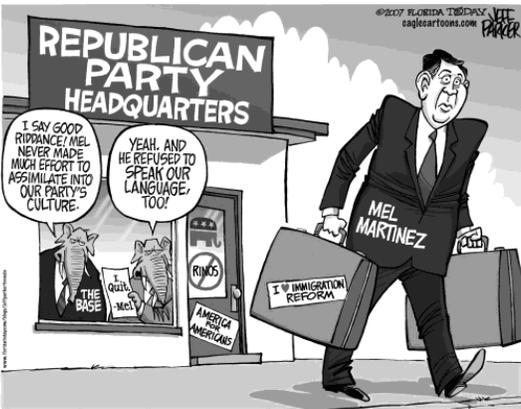
Congressman Tancredo setzt mit seiner extremen Einwanderungsrhetorik seine republikanischen Rivalen unter Druck.

Beide Parteien befinden sich auf einer Gratwanderung zwischen ihrer Basis und den hispanischen Wählern.

Amerikas, den "Hispanics", und den ur-demokratischen Stammwählern aus den Reihen der Arbeiter ("blue collar workers") und Gewerkschaften, aber auch der anderen Minderheit der USA: den Afro-Amerikanern. Blue collar workers und Afro-Amerikaner lehnen mehrheitlich den Zugang zur Staatsbürgerschaft für illegale Einwanderer ab.

Für die republikanischen Präsidentschaftskandidaten, die seit Monaten die Reformdebatte auf das Thema "Grenzsicherung" konzentrieren und mit wenigen Ausnahmen das von den Demokraten unterstützte Reformvorhaben von Präsident Bushs "comprehensive reform" als "Amnestie" für illegale Kriminelle ablehnen, verläuft die Gratwanderung zwischen den Stammwählern der "law and order"-Befürworter sowie Unternehmern, die auf illegale Arbeitnehmer angewiesen sind, und der hispanischen Wählergruppe, um die Präsident Bush und sein politischer

Strategie Karl Rove bei seinen Präsidentschaftskampagnen erfolgreich geworben hatte. Der Anti-Einwanderer-Rhetorik unter den republikanischen Präsidentschaftskandidaten halten inzwischen immer mehr republikanische Insider deren Nachteile für die gesamte Partei entgegen: "Wir können nicht eine weiße männliche Sackgassen-Partei sein und überleben." [9] Zwar sei die verschärfte Rhetorik derzeit schick ("the thing to do"), aber: "Wir werden einen Preis dafür zahlen." Für den in Kuba geborenen Senator Mel Martinez aus Florida, der als ranghöchstes hispanisches Kongreßmitglied der Republikaner und als Befürworter der Bush-Reformen auf "Stimmenfang" bei den hispanischen Wählern gehen sollte, ging die harte Gangart und Anti-Einwanderungsstrategie seiner Partei zu weit: zwar bleibt er weiterhin als Republikaner im Senat, packte jedoch symbolisch die Koffer, indem er aus Protest seine Führungsämter in der Parteizentrale der Republikaner niederlegte.



Für die Republikaner kann das Thema Immigration zur innerparteilichen Zerreißprobe werden. Als kurzfristiger Gewinn locken die Stimmen der Basiswähler. Der langfristige Preis dafür ist die Abwanderung der Hispanics ins demokratische Lager.

Führerscheine als Achillesverse?

Bis vor kurzem wähten sich die demokratischen Präsidentschaftskandidaten mit ihrer allgemein als "pro-immigration" verstandenen Reformstrategie sicher. Spätestens seit der demokratischen Vorwahldebatte in Philadelphia am 30. Oktober zuckte jedoch die Partei zusammen, als Hillary Clinton bei der Beantwortung einer Wählerfrage zur Vergabe von Führerscheinen an illegale Einwanderer mit zu vielen "Wenn und Aber" ins „Schleudern“ kam. Nach den Reaktionen ihrer demokratischen Rivalen, die diesen Ausrutscher der demokratischen „Front runnerin“ sofort nutzten, wurde deutlich, daß das Thema Einwanderungsreform zu einer Achillesverse im Vorwahlkampf werden könnte. Kurze Zeit später

verkündete ihre Wahlkampfzentrale eine Klarstellung, die eine Kurskorrektur in Richtung "hardline" beinhaltete: Clinton lehne Führerscheine für illegale Einwanderer ab. Darüber hinaus zog sogar der demokratische Gouverneur des Bundesstaates New York, der allen Zuwanderern Zugang zu Führerscheinen ermöglichen wollte, seine Initiative zurück.



Clintons Rivalen zeigten sich im Gegensatz zur demokratischen Spitzenkandidatin als liberaler und sprachen sich für Führerscheine für illegale Zuwanderer aus. Senator John Edwards zeigt bisher ein eher unklares einwanderungspolitisches Profil [10] (ein vorsichtiges "Ja" zu Führerscheinen für illegale Einwanderer, aber nur wenn dies

mit dem Zugang zur Staatsbürgerschaft verbunden ist), denn auch er will seine Basis bei den "working class"-Wählern im ersten Vorwahlstaat Iowa nicht verlieren. Senator Barack Obama, der sich nach dem Clinton-Fiasko ebenfalls schnell für Führerscheine für illegale Zuwanderer ausgesprochen hatte, versuchte, sich als Kandidat mit festen politischen Grundsätzen zu profilieren „Es besteht kein Zweifel daran, daß es Versuche geben wird, in dieser Frage auf den demokratischen Kandidaten einzuhaufen.“ Er warnt jedoch: "Wir müssen standhalten und dürfen nicht in die Defensive geraten." [11]

Wettkampf der Falken

Kein Präsidentschaftskandidat hat bisher einen höheren Preis für seine politischen Überzeugungen in der Einwanderungsfrage gezahlt als Senator John McCain. Als einer der wenigen führenden Republikaner hatte er sich mit hohem persönlichen Einsatz für die Verabschiedung des umfassenden Einwanderungsreformgesetzes im US-Senat engagiert. Häufig wird das Abrutschen McCains vom republikanischen Spitzenreiter auf Platz 4 oder 5 im Feld der GOP-Kandidaten nicht zuletzt auf diese "pro-immigration"-Politik des Senators zurückgeführt. Ein solcher "McCain Plunge"[12] könnte auch Hillary Clinton in der Einwanderungsfrage drohen.

Die beiden republikanischen "Frontrunner", Ex-Bürgermeister Rudy Giuliani und Ex-Gouverneur Mitt Romney, haben sich in den letzten Wochen indes einen "Wettkampf der Falken"[13] geliefert, bei dem jeder Kandidat für sich beansprucht, in den vergangenen Amtszeiten eine härtere Anti-Einwanderungslinie verfolgt zu haben und im zukünftigen Präsidentenamt eine härtere Gangart gegenüber illegalen Einwanderern einschlagen zu wollen.

Das "Führerscheini-Fiasko" hat die Verwundbarkeit von Hillary Clinton offengelegt.

Die "pro-immigration" Haltung von Senator McCain hat zu einem neuen Wahlkampfterminus geführt: dem "McCain plunge".

Gegenseitig werfen sie sich vor, "weicher" auf der Immigrationsfront zu sein als ihr Rivale. Giuliani, der als New Yorker Bürgermeister eher "immigrant-friendly" war,

strengt sich jetzt an, mehr über Grenzzäune, fälschungssichere Personalausweise für Nichtbürger und Deportation für straffällige illegale Zuwanderer zu sprechen. Wie hoch diese Priorität ist, zeigt sich daran, daß Giuliani "das Beenden illegaler Einwanderung" als zweite seiner "12 Verpflichtungen"[14] als Präsident auflistet. Dagegen kontert Mitt Romney, Giuliani



habe während seiner Amtszeit als Bürgermeister die Stadt New York zu einer Zuflucht für illegale Einwanderer verwandelt, er habe New York den Status einer "sanctuary city" gegeben.

Vorwahlkampf Schlacht: "Sanctuary City" vs. "Sanctuary Mansion"

Wie explosiv das Schlagwort "sanctuary" inzwischen in der amerikanischen Einwanderungsdiskussion geworden ist, zeigte die jüngste CNN/YouTube-Debatte der republikanischen Präsidentschaftskandidaten in Florida am 28. November, in der der Ausdruck geradezu zum "dirty word" geworden ist.[15] Wenige Wochen vor den ersten Vorwahlen im Bundesstaat Iowa, wo Romney seit Monaten einen deutlichen Vorsprung vor Giuliani verbuchen konnte, attackierten sich die beiden republikanischen Vorreiter in einem harten Schlagabtausch, in dessen Verlauf Mitt Romney dem ehemaligen New Yorker Bürgermeister wieder das Wort "sanctuary city" entgegenschleuderte. Darauf startete dieser die Gegenattacke: Der ehemalige Gouverneur habe an seinem Haus illegale Gartenarbeiter beschäftigt, Romney unterhalte eine "sanctuary mansion". Prompt konterte Romney mit dem Vorwurf gegen Giuliani, er wolle Amerika in einen Spitzelstaat verwandeln: "Schlagen Sie etwa vor, Herr Bürgermeister, daß Sie, wenn Sie eine Firma zu einer Dienstleistung beauftragen, dafür verantwortlich sind, deren Angestellte zu überprüfen, besonders diejenigen, die anders aussehen mögen oder nicht denselben Akzent haben wie Sie, und diese nach ihren Papieren zu fragen? – Ich glaube nicht, daß das die amerikanische Art ist." [16]



Das neue "dirty word" in republikanischen Wortgefechten heißt "Zufluchtsort".

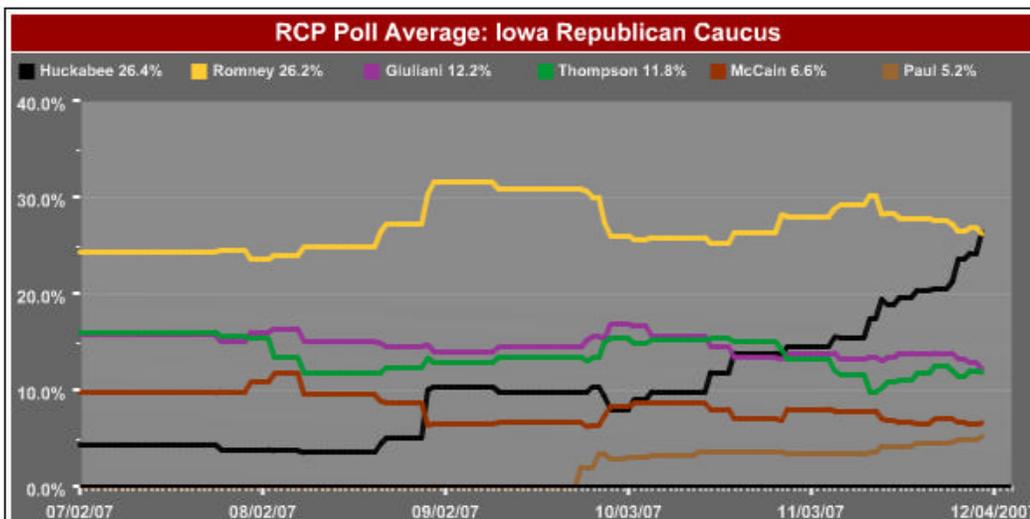
In diesem Wahlkampf Klima gibt es gleichwohl auch republikanische Präsident-

schaftskandidaten, die sich gegen den Druck der Hardliner aus der Basis stemmen. Ganz außer Frage steht, daß für alle Republikaner die Grenzsicherung an oberster Stelle steht. Die GOP-Kandidaten unterscheiden sich jedoch insbesondere in der Frage einer möglichen Staatsbürgerschaft für die rund 12 Millionen illegalen Einwanderer. Wenn also John McCain und Rudy Giuliani die Staatsbürgeroption in ihrem Wahlkampf befürworten, dann tun sie das sehr vorsichtig und nachdem sie beteuert haben, daß die Grenzsicherung zuerst kommt. Unter den aussichtsreichen Kandidaten der Republikaner bleibt Senator McCain der einzige, der es wagt, die Amerikaner daran zu erinnern, daß das Problem der illegalen Einwanderung in Zukunft mit Zäunen und Grenzschützern allein nicht gelöst und der Bedarf an Gastarbeitern nicht gedeckt werden könne. Er scheut sich sogar nicht davor, seine Landsleute dazu aufzurufen, das Thema von einer menschlichen Seite anzugehen: "Und wir müssen uns als Amerikaner hinsetzen und einsehen, daß dies auch alles Gottes Kinder sind." [17]

Ein Indiz dafür, daß Wähler die politische Grundsatztreue und Charakterstärke eines Präsidentschaftskandidaten auch honorieren, ist der deutliche Zuwachs an Popularität für den ehemaligen Gouverneur von Arkansas, Mike Huckabee. In der CNN/You Tube-Debatte verteidigte der Südstaat-Republikaner seine Unterstützung für ein Gesetz, das Kindern von illegalen Zuwanderern den Universitätszugang unter gleichen Bedingungen wie Landeskindern ("in-state tuition") ermöglicht. Als Romney seinem Parteikollegen vorwarf, sich wie ein "Liberaler aus Massachusetts" zu verhalten, entgegnete Huckabee: "Wir sind ein besseres Land als daß wir Kinder für das bestrafen, was ihre Eltern getan haben." [18] Von den Zuhörern der Debatte ertete der Republikaner Applaus, von den Wählern Iowas Zustimmung. Mike Huckabee, dem bisher kaum jemand echte Erfolgchancen gab, liegt seit der TV-Debatte in Umfragen [19] zum ersten Mal mit einem knappen Vorsprung vor Romney und ist damit der neuste Frontrunner der Republikaner im ersten Vorwahlstaat der US-Präsidentschaftswahlen.

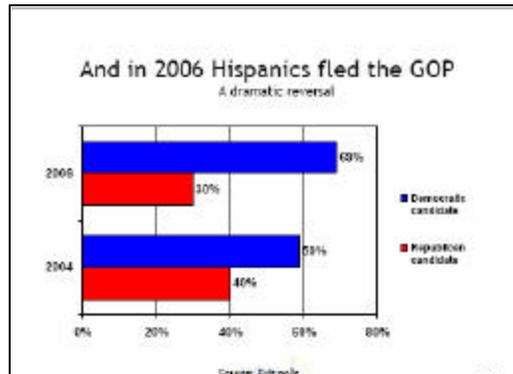
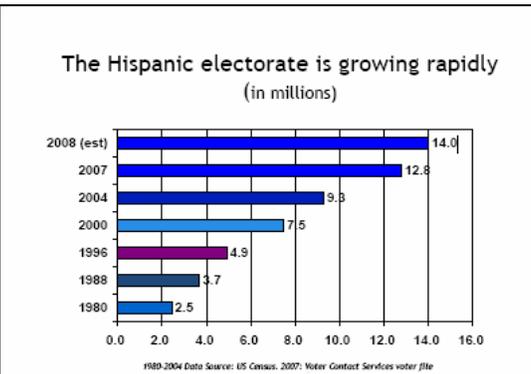
*Das republikanische
Motto lautet
"Grenzschutz ist
die oberste
Priorität".*

*Die Wähler in Iowa
haben den
politischen Mut des
republikanischen
Ex-Gouverneurs
Mike Huckabee mit
Wählerstimmen
belohnt.*



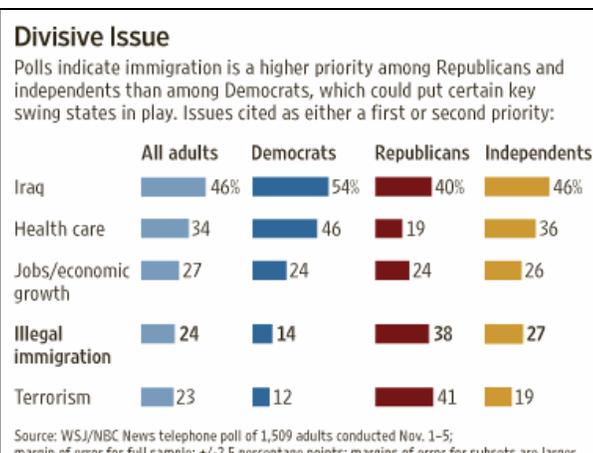
Ausblick: Schlüsselrolle der hispanischen Wähler

Die Rolle der hispanischen Wähler kann im Präsidentenwahlkampf 2008 kaum überschätzt werden, da der "hispanische Wählerblock" in den letzten Jahren enorm gewachsen ist: von 4 Prozent aller Wähler im Jahr 1992 hin zu 8,5 Prozent im Präsidentenwahlkampf 2004. Hinzu kommt, dass viele dieser "hispanic voters" in den



Die hardliner-Strategie der Republikaner ist für die Demokraten eine politische Goldgrube.

"Swing States" wohnen, z.B. in Arizona, Colorado, Nevada und Florida, Staaten, in denen Präsident Bush seine letzte Präsidentenwahl nur knapp gewann. Der jüngste Bericht eines demokratisch-orientierten Think Tanks, "Hispanics Rising" [20], konstatiert eine dramatische Wende bei hispanischen Wählern. Während 2004 noch 40 Prozent dieser Wählergruppe für die Republikaner stimmten, waren es 2006 lediglich noch 30 Prozent. Wahlanalysten und besorgte Republikaner beobachteten diesen Trend mit großer Aufmerksamkeit und haben ihn als "free ride" und Goldgrube ("electoral gold") für die Demokraten bezeichnet. [21]



Angesichts der Tatsache, daß laut Umfragen die Mehrheit der Amerikaner einen Weg für illegale Zuwanderer zur Staatsbürgerschaft befürworten [22], wundert es nicht, daß republikanische Insider ihre Partei zur Besinnung aufrufen und warnen, daß die Präsidentschaftswahl 2008 nicht ohne die hispanischen Wähler gewonnen werden könne. Hinzu kommt, daß

Republikanische Insider warnen vor der Abwanderung der hispanischen Wähler.

das Thema "Immigration" für unabhängige Wähler und Republikaner wichtiger ist als für Demokraten. Ein weiteres Argument dafür, daß beim Thema "Einwanderung" insbesondere die Swing States auf dem Spiel stehen. [23] Wenn es den Demokraten gelingen sollte, zu verhindern, daß das Thema "Einwanderung" zum "wedge issue" ihrer Partei wird, das ihre Basiswähler gegen den hispanischen

Wählerblock ausspielt, und die Hardliner im republikanischen Lager zum Aktivieren ihrer Basis weiterhin die "Crackdown"-Strategie auf Kosten der hispanischen Wähler verfolgen, könnte das Thema "Einwanderung" in der Tat eine Schlüsselrolle im Präsidentschaftswahlkampf 2008 spielen. [24]

Fußnoten

- [1] Eine detaillierte Dokumentation der Gesetzesentwürfe zur US-Einwanderungsreform findet sich auf der Internetseite des "National Immigration Forum". Vgl. <http://immigrationforum.org/DesktopDefault.aspx?tabid=43>
- [2] Einzelheiten zur Einwanderungsreformdebatte finden sich im Länderbericht der KAS-Aussenstelle Washington "Einwanderungspolitik in den USA", Ursula Carpenter, Think Tank Update Mai/Juni 2006
- [3] Im politischen Diskurs Amerikas wird generell das Thema "Rentenreform" als "Third Rail" der amerikanischen Politik bezeichnet.
- [4] Vgl. "Tancredo moves the lethal center", Swati Pandey, The Los Angeles Times, 14. November 2007
- [5] Link zum Werbespot Tancredos: <http://teamtancredo.org/>
- [6] Link zur Gänseblümchen-Reklame: http://www.youtube.com/watch?v=63h_v6uf0Ao
- [7] Vgl. "Tancredo talks immigration", The Nashua Telegraph, Joseph G. Cote, 19. November 2007
- [8] Vgl. "Tancredo moves the lethal center", Swati Pandey, The Los Angeles Times, 14. November 2007
- [9] Vgl. John Weaver, ehemaliger Wahlstratege für Senator John McCain, in "Candidates Walk a Tightrope on Immigration", The New York Times, 18. November 2007
- [10] Vgl. "Edwards' Immigration Stand Muddled", Ben Smith, The Politico, 8. November 2007
- [11] "Position on immigration testing Democrats", Scott Helman, The Boston Globe, 16. November 2007
- [12] Vgl. "It's Illegal Immigration, Stupid: Why McCain and Hillary Will Never Be President", William Gheen, The Conservative Voice, 20. November 2007
- [13] Vgl. "Dems straddle border; GOP field hawkish", Michelle Mittelstadt, The Houston Chronicle, 11. November 2007
- [14] Vgl. <http://www.joinrudy2008.com/commitment/>
- [15] Vgl. "When 'Sanctuary' Becomes a Dirty Word", Michael Dobbs, The Washington Post, 30. November 2007
- [16] Vgl. Widergabe im Editorial "The Newest Nativists", The Washington Post, 30. November 2007
- [17] ebenda
- [18] Vgl. "Principles Amid the GOP Pack", David Broder, The Washington Post, 2. Dezember 2007
- [19] http://www.realclearpolitics.com/epolls/2008/president/ia/iowa_republican_caucus-207.html
- [20] <http://ndn.org/hispanic/hispanics-rising.pdf>
- [21] Vgl. Jüngste Umfrageergebnisse des Pew Hispanic Center: 57% der hispanischen Wähler neigen dazu, für die Demokraten zu wählen, 23% für die Republikaner <http://pewhispanic.org/reports/report.php?ReportID=83>
- [22] Vgl. ABC News Poll, 27. – 30. September 2007: 58% dafür, 33% dagegen, 7% unentschieden
- [23] Vgl. "Immigration is the Question", June Kronholz, The Wall Street Journal, 19. November 2007
- [24] Bei der jüngsten GOP-Fernsehdebatte im größten spanischsprachigen Sender Univision diskutierten die republikanischen Präsidentschaftskandidaten das Thema "Immigration" mit rhetorischen Samthandschuhen, Vgl. "GOP puts gloves back on at Spanish debate", Jonathan Martin, 10. Dezember 2007